

Silberding borgt 500 Millionen

Notetat für drei Monate

Berlin, 9. März. Der Gesetzentwurf zur vorläufigen Regelung des Haushalts (der sog. Notetat), den das Reichskabinett jetzt den gesetzgebenden Körperschaften übermitteln hat, sieht eine Ermächtigung der Reichsregierung für die Dauer von drei Monaten vor, die Einnahmen und Ausgaben nach Maßgabe des bisherigen Etats für 1928 zu regeln. Dabei ist die Einschränkung getroffen, daß in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni die Gesamtausgaben zunächst den Betrag eines Viertels der Staatsausgabe für das Gesamtjahr 1928 nicht überschreiten dürfen, daß aber auch in den einzelnen Posten die Staatsausgabe im Entwurf für den Haushalt des Jahres 1929 nicht überschritten werden sollen.

Angeichts der sehr schwierigen Kassenlage des Reiches ist in dem Gesetzentwurf vorgelesen, daß zur Stärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse zunächst 500 Millionen auf dem Kreditwege anbezogen werden

dürfen. Im Hinblick auf den neuen Hauptetat hat das Reichskabinett beschlossen, diesen Etat in der ursprünglichen Fassung, wie ihn das Kabinett seinerzeit einschließlich der Steuererlasse verabschiedet hatte, dem Reichstag neben der vom Reichsrat beschlossenen veränderten Fassung als Doppelvorlage zukommen zu lassen.

Der Notetat vom Reichsrat genehmigt

Berlin, 9. März. Der Reichsrat genehmigte in einer kurzen Sitzung ohne Aussprache den Notetat für 1929, der nach dem Muster der früheren Notetats aufgestellt ist.

Bayerns Kampf gegen die neuen Steuern

München, 9. März. In den Silberdingischen Steuerplänen erklärt der Landtagsabgeordnete Dr. Schmittenhauer: Man will mit einer Vorlage, die Bayern keinerlei Möglichkeit gibt, den Preisbeitrag seines Staatshaushalts zu decken, die ihm im Gegenteil durch Erhöhung der Biersteuer eine neue Last von rund 40 Millionen zugunsten des Reiches aufhalsen.

Bayern finanziell so kaputt machen, daß es von selbst innerlich zerfällt und nicht mehr imstande ist, die Rolle eines Sturmbofes gegen die Pläne des schrankenlosen Unitarismus zu spielen.

Bei etwas gutem Willen könnte ein Ausweg gewählt werden, der die Geldschwierigkeiten des Reiches und der Länder be-

leben würde. Die Erhöhung der Biersteuer ist für die Unitarier der richtige Hammer, um den bayerischen Block zu zerhacken. Die Biersteuererhöhung gibt nicht bloß in Bayern, sondern wahrscheinlich auch im ganzen Reich den Anstoß zu einer neuen Bewegung.

Reichsbürgschaft für Wohnungskredite

Berlin, 9. März. Dem Reichstage ist vom Reichsarbeitsministerium der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Krediten zur Förderung des Kleinwohnungsbaues, das Bodenkreditgesetz 1929, zugegangen. Danach wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister in der Zeit vom 4. April 1929 bis zum 31. März 1932 für Darlehen der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank AG. in Berlin bis zum Gegenwerte von 250 Millionen Reichsmark die Bürgschaft zu übernehmen. Die Bau- und Bodenkreditbank soll diese Darlehen als Zwischenkredite für den Kleinwohnungsbaubau verwenden. Zwischenkredite dürfen nur gegeben werden, wenn die volle Finanzierung des Bauvorhabens gesichert ist. Mit dem Gesetz wird die im vorigen Jahre mit dem Bodenkreditgesetz übernommene Aktion zur Förderung des Kleinwohnungsbaues auch für dieses Jahr erneuert.

Dezentralisierung der Postverwaltung

Berlin, 9. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Reichspostminister Dr. Schäkel, die Umorganisation der Oberpostdirektionen werde nur im Zusammenhang mit der gesamten Verwaltungsreform, insbesondere mit der Reform der Reichsbahn, vorgenommen werden. Gestraft sei eine Dezentralisierung der Verwaltung. Die Hauptdirektionen sollten als Gruppenverwaltungen für ein größeres Wirtschaftsgebiet dienen, während die übrigen mehr den Charakter lokaler Betriebsdirektionen haben sollten. Im übrigen wurden nur Beamtenfragen erörtert, was den Charakter von Ausschussvorarbeiten, Abg. Heymann (Soz.), zu der Erklärung veranlaßte, doch einmal dieses Thema zu verlassen. Von den bisherigen 48 Sitzungen des Ausschusses seien 32 ausschließlich den Beamtenfragen gewidmet gewesen. Dazu kämen noch die Erörterungen im Beamtenausschuß des Reichstages. Im Volke werde Unzufriedenheit entstehen, wenn der wichtigste Ausschuß des Reichstages vor lauter Beamtenfragen nicht zur Bearbeitung anderer wichtiger Fragen komme.

Nach der Verabschiedung des Postetats kam der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums zur zweiten Beratung. Auch hier beschäftigte sich die Aussprache zunächst nur mit Beamtenfragen.

Chamberlain versucht zu beruhigen

England für baldige Räumung

London, 9. März. „Daily Express“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Genfer Sonderberichterstatters mit Außenminister Chamberlain. Unter Bezugnahme auf die starken Einwendungen der gesamten Presse zu seiner Minderheitenrede im Völkerbundrat erklärte Chamberlain, daß es Dr. Stresemann und nicht er gewesen sei, der sich auf Artikel 19 bezogen habe. Da die Angelegenheit nach allen Seiten hin in sehr freundschaftlicher Weise erörtert worden sei, glaube er, daß eine alle Parteien befriedigende Lösung möglich sein werde.

Die Räumungsfrage sei diesmal in Genf nicht berührt worden.

auch nicht in seinen privaten Besprechungen mit Stresemann und Briand. Alle seien überzeugt, daß es im Augenblick nicht möglich sei, irgendwelche Fortschritte zu erzielen. Es könne erst etwas getan werden, wenn die Finanzsachverständigen in Paris zu irgendwelchen Beschlüssen gekommen seien. Die britische Politik bleibe die gleiche, wie er sie im Unterhaus dargelegt habe. Großbritannien sei

für die Zurückziehung der Befehle zu einem möglichst frühen Zeitpunkt.

Zu den englisch-russischen Beziehungen, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Entsendung einer englischen Industriekommission nach Moskau, erklärte Chamberlain, die diplomatischen Beziehungen und der Handelsaustausch zwischen zwei Ländern seien ganz verschiedene Dinge. Die britische Regierung wolle dem Handel jede mögliche Hilfe und

Unterstützung gewähren, müsse es aber dem privaten Unternehmertum überlassen, zu urteilen, ob der geplante Handelsaustausch irgendwelche Gefahren in sich birge und ob es sich lohne, sie zu übernehmen.

Der Handel mit Rußland hänge nicht von diplomatischen Beziehungen ab

wie sich das bei den Vereinigten Staaten zeige. Was die Beschuldigung der Sowjetregierung angehe, Großbritannien habe Rußland zu zerstückeln versucht und er sei persönlich für diese Politik verantwortlich, so möchte er darauf hinweisen, daß wenigstens von fünf europäischen Ländern diese Behauptungen als vollkommen unbegründet zurückgewiesen worden seien.

Zum Schluß kam Chamberlain noch auf die englisch-amerikanischen Beziehungen zu sprechen, wobei er den Berichterstatter zu der Erklärung ermächtigte, daß die Kardinalpunkte der britischen Politik die Förderung und Pflege der englisch-amerikanischen Beziehungen bleiben werden. Das gelte nicht nur für die gegenwärtige, sondern auch für alle zukünftigen britischen Regierungen.

Ehrungen für Shandi

Raketta, 9. März. Shandi ist in Rangoon eingetroffen, wo ihm die Bevölkerung einen großen Empfang bereitet. Am Abend wurde ihm von der Stadtverwaltung eine Ehrenadresse überreicht. Auf dem größten Plage der Stadt fand eine Massenversammlung statt, in der Shandi gefeiert wurde.

Admiral Zenker über das Ringen um Seegeltung

Berlin, 9. März. Der frühere Chef der Marineleitung Admiral v. Zenker hielt einen Vortrag über das Thema „Das Ringen um Seegeltung nach dem Weltkrieg“. Admiral v. Zenker betonte, daß der Seeruf Englands, den seit Trafalgar niemand anzweifeln gewagt hätte, durch die Seagerraffschicht dahin war. Im allgemeinen sei durch den Weltkrieg klar geworden, wachsenden Einfluß die Seeherrschaft auf die Weltlage der Völker ausübe. Der Vortragende warf dann einen Rückblick auf die Bestrebungen der großen Seemächte.

die immer unerträglicher werdenden Kosten der Seerüstung durch Beschränkung zu vermindern.

Der erste Versuch sei die Konferenz von Washington 1921 gewesen. Es sei damals infolge der Lebensunterschiede zwischen Frankreich und England in der U-Boot-Frage zu wahrhaft dramatischen Szenen gekommen. Französische Schriftsteller hätten unverhüllt zugesehen, daß Frankreich im Kriegsfalle von seiner überlegenen U-Boot-Waffe als Handelskriegswaffe unbeschränkten Gebrauch machen werde. England habe die Bewaffnung der Handelsflotte auch in künftigen Kriegen durchgeleitet. Der Hauptstreitgegenstand sei Japan gewesen, für das der Vertrag die Aufgabe seines Bauprogramms bedeutete. Das Interessante an der Washingtoner Konferenz sei ferner gewesen, daß

England Amerika das Angekündigte einer gleichstarken Seemacht gemacht habe.

Frankreich habe dann insonderheit seine Luftflotte weiter ausgebaut. Die Folge sei weiteres Rüstren Englands durch vermehrte Kreuzerbauprogramme. Auch habe England sich den kürzesten Weg durch das Mittelmeer nach dem Indischen Ozean gesucht, indem es seine Mittelmeerflotte gleich hart gehalten wie seine Atlantikflotte. Admiral v. Zenker bezeichnete sodann die letzte Lage dahin, daß England und Frankreich sich durch ihr Flottenabkommen in Gegenwart zu Amerika gestellt haben und auch Japan aus seinen Englands Rede. England werde es aber kaum zu einem Kriege mit Amerika kommen lassen. Besonders schwierig sei jetzt Italiens Stellung, da es nun nicht mehr Englands Rüstbedingung Frankreich gegenüber besitze.

Auch alle kleineren Mächte streben heute nach Seegeltung. Der Vortragende zog dann die Annahmen

das zum Schutze seiner See-Interessen unbedingt die Stärkung seiner kleinen Marine bedürfe. Sollten die

Bestrebungen, unsere Marine abzuwickeln, erfolgreich sein, dann würden einst unsere Söhne und Enkel auf neue große Opfer an Gut und Blut bringen müssen.

Kreuzer „Königsberg“ ersetzt Kreuzer „Nymphen“

Wilhelmshaven, 9. März. Die Bauarbeiten an dem neuen Kreuzer „Königsberg“, dessen Vollendung mehrfach verzögert worden ist, sind nun so weit vorangeschritten, daß der Indienststellungstermin für das Schiff auf den 17. April festgelegt worden ist.

Die „Königsberg“ wird die Mannschaft des am gleichen Tage endgültig außer Dienst zu stellenden, jetzt 30 Jahre alten Kreuzers „Nymphen“ übernehmen, dessen gegenwärtiger Kommandant der Fregattenkapitän von Troitz ist.

Schwefelbomben in der Londoner Universität

London, 9. März. In der Londoner Universität kam es gestern zu einem förmlichen Aufruhr, als ein Kommunist im Hörsaal eine Ansprache an die Studenten halten wollte. Kaum hatte dieser Mann zu sprechen angefangen, als direkt vor dem Podium eine Bombe explodierte, die den ganzen Raum mit Rauch erfüllte und die Wände erschütterte. Eine Anzahl der Zuhörer selber wurde zertrümmert und der Knall in weiter Entfernung auf der Straße gehört. Dieser ersten Bombe folgten weitere Schwefelbomben, so daß alle Anwesenden gezwungen waren, schleunigst in wilder Hast den Saal zu verlassen. Vorher brachten die Studenten noch fertig, einige Säcke Mehl über den Redner auszuleroen. Der größte Teil der Zuhörer hatte sich in Rationsflasgen gebüllt, andere schwenkten kleine Fahnen in der Luft. Es war dies der erste Versuch, einen Kommunisten in der Universität zu Worte kommen zu lassen, und es wird zweifellos der letzte sein.



Einmal eine Persönlichkeit ist, die das Alte mit dem Neuen, das Gegenwärtige mit dem Zukünftigen zu verbinden versteht. Er hatte schon einen großen Zug als Kanzler: organisierte, begab, aktiv und sprudelnd, ein ganz moderner Mensch, aber doch voll gut preußischer Beamtentradition. Trotzdem kein Bürokrat im schlimmsten Sinne, sondern als Staatsmann besetzt von einem starken persönlichen Verantwortungsgesühl, das bewußt auf religiös-ethischer Grundlage beruht. So konnte er die Anregungen Desterichs zur Schaffung einer neuen Währung neidlos aufnehmen und sie in eigener Verarbeitung zur rettenden Tat gestalten, der wir die neu erwonnene Sicherheit im Leben der Volkswirtschaft verdanken. Aus derselben Einstellung, sicher nur das Beste wollend, handelte er auch in Locarno, als er zusammen mit Dr. Stresemann die Verträge paraphierte. Sicher hat auch er inzwischen eingesehen, daß er sich damals trügerischen Hoffnungen hingab und daß die Entscheidung, die er sich in schwerer Stunde abgerungen hat, nicht zum Guten ausgefallen ist. Begreiflich ist, daß es nach dem erzwungenen Rücktritt seinem Tatendrang widerstrebt, sich ganz aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Und bei aller Kritik im einzelnen muß es doch als ein großes Verdienst Dr. Luthers angesehen werden, daß er durch seinen „Bund zur Erneuerung des Reiches“ wertvolle Vorarbeit geleistet hat für die Reichsreform. Er hatte ja in seiner amtlichen Tätigkeit die unzähligen Hemmnisse am eigenen Leibe verspürt, die aus der ungewöhnlichen Aufgabenverteilung zwischen Reich und Ländern herrühren. Daß er die Arbeit in Angriff nahm und durchführte, obwohl er wissen mußte, daß er dadurch von allen Seiten Widerstände gegen seine Person wahrnehmen würde, spricht nicht dafür, daß nur Ehrgeiz und die Absicht der Vorbereitung künftiger Kandidaturen die Triebfeder seines Handelns waren.

Es wäre wohl auch kein Verbrechen, wenn der in der Volkstraft des Lebens befindliche Staatsmann bei seiner privaten Tätigkeit auch an das Wiederauftreten auf der politischen Bühne denken sollte. Er ist ganz sicher einer der Männer, wie sie Deutschland braucht. Und es wäre heute bei seiner Würdigung als Staatsmann unfinstern, nur vom Beweisen zu sprechen, ohne an die Zukunft zu denken. Anzeichen sind ja genug vorhanden, daß Dr. Luther, der bei der Ueberalterung des Parlaments noch fast ein junger Mann zu nennen ist, wohl auch wieder, und vielleicht schon bald, eine bedeutende politische Rolle spielen wird. Die größte Schwierigkeit, mit der sich die gegenwärtige Regierung herumwickelt und mit der sie kaum fertig wird, ist der Etat. Vielleicht, daß Luther der Mann wäre, diese Schwierigkeit zu meistern. Man kann sich denken, daß er für diese Aufgabe im Reichstag eine genügende Mehrheit finden würde. Gerade in solchen Dingen hat er ja bewiesen, daß er nicht nur reden, sondern auch etwas leisten kann. Seine Stunde wird kommen, wenn das deutsche Volk erkennt, daß nicht die Phrasendrescher, sondern die Männer der Tat seine besten Führer sind. Nach Hindenburgs Urteil steht Luther in erster Reihe!

Erfolgreiche Razzia in Berlin

Berlin, 9. März. Angesichts der trotz dem wiederholten scharfen Eingreifen der Polizei bestehenden unsicheren Zustände in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes veranlaßte die Polizei wieder eine Razzia größten Umfangs auf einem Vergnügungsort in der Köpenicker Straße. Der ganze Platz wurde von einem riesigen Polizeiaufgebot absperrt. Die Besucher, soweit sie sich nicht ausweichen konnten, oder als nicht ganz harmlos sich erwiesen, wurden dem Polizeipräsidium zugeführt. Nicht weniger als zehn Paketautos waren zu dem Transport erforderlich. Die meisten der Festgenommenen konnten wieder entlassen werden; zahlreiche Verdächtige aber und solche, die von der Polizei bereits der verschiedensten Vergehen wegen gesucht wurden, blieben in Haft.

Politische Zusammenstöße

Berlin, 9. März. Nach einer Versammlung der Nationalsozialisten im Kriegervereinshaus im Norden Berlins, an der sich etwa 1800 Personen beteiligten, kam es in der Chausseestraße und in der Friedrichstraße zu Zusammenstößen mit politischen Gegnern. Die Polizei verbündete größere Tumulte. 29 Personen wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht, aber heute vormittag wieder entlassen.

In der Chausseestraße wurde der 22jährige Schneider und Nationalsozialist Priskoff aus der Charlottenstraße nach Schluß der Versammlung von politischen Gegnern mißhandelt. Die Täter sind entkommen.

Erholungsurlaub Stresemanns

Berlin, 9. März. Dr. Stresemann wird wahrscheinlich im Anschluß an die Genfer Ratstagung noch einige Tage zu seiner Erholung in der Schweiz verbleiben, da ein Anlaß zu einer beschleunigten Berichterstattung an das Reichskabinett über die jetzige Ratstagung nicht gegeben sei.

Deutsch-schwedische Wahllisten in Estland

Reval, 8. März. Den Bemühungen des deutschen Abgeordneten im estländischen Parlament, Oskelblat, ist es gelungen, für die im Mai bevorstehende Wahl zum neuen Landtag mit den in Estland wohnenden Schweden ein Wahlabkommen zu schließen. Für dieses Wahlabkommen würde der vereinigte deutsch-schwedische Liste ein drittes Mandat ausfallen. Die ersten drei Spitzenkandidaten sind die bisherigen deutschen Abgeordneten Oskelblat und Baron Schilling und der Führer der Schweden, Voehl. Der deutsch-schwedische Wahlblock findet bei den Deutschen Estlands, wie auch bei der schwedischen Minderheit selbst auf den Inseln großen Beifall.

Freilassungsantrag für Staatsrat Orlow

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 9. März. In der Dokumentenflüchlerangelegenheit des ehemals russischen Staatsrates Orlow hat dessen Verteidiger den Antrag gestellt, den Inhaftierten entlassen, falls sich eine strafbare Handlung ergeben sollte, nunmehr der zuständigen Kriminalpolizei oder der Staatsanwaltschaft zu übergeben und unter Hinzuziehung der Verteidigung die gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, oder aber, falls nach den Ermittlungen eine strafbare Handlung nicht vorliegen sollte, ihn schnellstens aus der Haft zu entlassen. Diese Forderung wird damit begründet, daß es nicht angehe, daß einem Mann von der Bedeutung Orlows, der dem Deutschen Reich während des Krieges und auch später nachweislich große Dienste geleistet habe, nur deshalb die Freiheit entzogen werde, weil er irgendwelchen ausländischen Staatsangehörigen von politischer Bedeutung aus seiner eigenen politischen Einstellung heraus etwa kompromittiert haben sollte, ohne gegen die Gesetze des Deutschen Reiches sich in irgendeiner Form vergangen zu haben. Eine Ausweisung würde in diesem Falle eine besondere Härte darstellen, weil einerseits Orlow in keinem anderen Staat so leicht Aufnahme finden würde, da er weder nach Rußland noch Polen oder Frankreich gehen könne, weil er für Deutschland tätig gewesen sei. Andererseits habe Orlow in Berlin einen kleinen Grundbesitz und seine Ehefrau sei überdies noch schwer krank.

Die Verhandlungen Gabis Ullah-Radir Khan geschleitet. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind die Verhandlungen zwischen Gabis Ullah und Radir Khan geschleitet. Aman Ullah hat Radir Khan zu seinem Oberbefehlshaber ernannt.